Thomas Adasch (CDU) kritisiert BodyCam-Pilotprojekt

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 16. März 2017 um 16:46 Uhr

Klare Ansage der Opposition

Adasch: "Pistorius muss unausgegorenes Pilotprojekt zu Body-Cams umgehend einstellen"

Donnerstag 16. März 2017 - Hannover (wbn). Die niedersächsische CDU-Landtagsfraktion fordert die umgehende Einstellung des Modellversuchs zum Einsatz von Body-Cams bei der Polizei.

Mit Blick auf die heutige Stellungnahme der Landesdatenschutzbeauftragten im Innenausschuss sagt der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Thomas Adasch: "Die Datenschutzbeauftragte hat überzeugend dargelegt, dass niedersächsische Polizisten, die gegenwärtig eine Body-Cam nutzen, fortlaufend die Persönlichkeitsrechte der gefilmten Personen verletzen. Es ist zu erwarten, dass hiervon Betroffene gegen die Polizei klagen werden – und das offenbar zu Recht."

Fortsetzung von Seite 1

"Die CDU ist weiterhin für den Einsatz von Body-Cams zum besseren Schutz der Polizisten, allerdings auf einer gültigen Rechtsgrundlage und nicht auf Basis von PR-Wünschen des Innenministers." Enthalten sei solch eine rechtssichere Regelung im CDU-Entwurf für ein Polizeigesetz (SOG), das kürzlich von der Fraktion vorgestellt wurde.

CDU-Polizeiexperte beklagt Mängel bei der Umsetzung

Thomas Adasch (CDU) kritisiert BodyCam-Pilotprojekt

Geschrieben von: Lorenz

Donnerstag, den 16. März 2017 um 16:46 Uhr

Adasch weiter: "Die Umsetzung des Pilotprojekts war von vornherein unausgegoren und sollte offenbar vor allem dem Zweck dienen, den Bürgern rot-grünes Engagement in der Sicherheitspolitik vorzugaukeln." So seien die Kamera-Systeme überhaupt nicht in die polizeiliche EDV eingebunden, es gebe keine vernünftigen Trageeinrichtungen, um die Kameras am Körper zu befestigen und schließlich seien die Kameras wahllos im Land verteilt worden. "Dass eine systematische Begleitung und Auswertung des Versuchs ausgeblieben ist, spricht Bände."

Die CDU-Fraktion hat nach eigenen Angaben eine weitere Befassung mit dem Thema für die kommende Woche beantragt und will ein Gutachten beim Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Landtags in Auftrag geben.